

Bezugspreis:

Einzelheft 21.- M., monatl. 7.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug monatlich 7.- M., erst nach Bestätigungsbild. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 10.21 M., für das übrige Ausland 14.50 M., bei täglich einmal, halbjährlich 12.50 M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Voll u. Zeit“ erscheint wochentlich zweimal. Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Wittwoch, den 21. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltigen Komparativzeile betragt 250 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das ist: gewöhnliche 20 Pf., (günstig) zwei spaltenweise 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Stellungsanzeigen und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pf., jedes weitere Wort 40 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereine, Kasernen 2.- M., die Stelle ohne Ausschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Aufteilung der Türkei.

Amsterdam, 21. April. Der Berichterstatter der „Westminster Gazette“ in San Remo meldet, die abriatische Frage sei tatsächlich gelöst. Die italienische und die südslawische Regierung sollen bereits zu einem Einvernehmen gekommen sein. Derselbe Berichterstatter meldet über den türkischen Friedensvertrag, das türkische Reich werde stark verkleinert werden, da Syrien, Palästina, Arabien, Mesopotamien, Armenien, Thrakien und Smyrna ihm genommen werden. Hinter Adana soll eine französische und hinter Adalia eine italienische Zone festgelegt werden. Die Türkei werde die Hälfte ihrer Untertanen verlieren und ungefähr neun Millionen Mohammedaner und zwei Millionen Christen umfassen.

San Remo, 20. April. (Reuters.) Der Völkerbund hat es abgelehnt, ein Mandat über Armenien anzunehmen. Der Oberste Rat beschloß, die Vereinigten Staaten um finanzielle Unterstützung Armeniens zu ersuchen.

Kapp und Schweden.

Nach einlaufenden Meldungen soll Kapp an die schwedische Regierung mit dem Ersuchen herantreten sein, ihm das Aufenthaltsgesetz in Schweden zu gewähren, da er sich von der Politik zurückziehen und wissenschaftlichen Studien zu widmen gedenke. Bei einem ablehnenden Entscheid bitte er um Ausweisung nach der Schweiz. Wie es weiter heißt, hat die Stockholmer Kriminalpolizei inzwischen der schwedischen Regierung geraten, Kapp wegen Fahrlässigkeit auszuweisen. Da Kapp keinen gültigen Reisepaß besitzt, ist es zweifelhaft, ob eine schweizerische Behörde ihm die Einreisegenehmigung geben wird. Hier scheint ein Punkt vorzuliegen, auf Grund dessen die deutsche Regierung die Auslieferungsverhandlungen mit Schweden in irgendeiner Form aufnehmen kann.

Deutschlands Entwaffnung.

Paris, 20. April. Der Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten nahm einstimmig folgenden Antrag Maurice Raynauds an: Die Kammer beschließt im Interesse der Erlangung eines allgemeinen Friedens und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen allen Völkern die völlige Entwaffnung Deutschlands und fordert die Regierung in aller Form auf, zu verlangen, daß die durch den Versailleser Vertrag festgesetzten Entwaffnungsbedingungen tatsächlich genau durchgeführt werden. Der Ausschuss beauftragt seinen Vorsitzenden Louis Barthelemy, der Regierung diesen Beschluß zu übermitteln.

Die Vorgeschichte des Weltkrieges.

Wie wir hören, gelangt morgen eine Denkschrift des parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Vorgeschichte des Weltkrieges zur Ausgabe. Der erste Unterausschuss hat eine Reihe der wichtigsten in der Öffentlichkeit über den Kriegsausbruch besprochenen Fragen schriftlich an die deutschen Staatsmänner gestellt, die im Jahre 1914 die Geschicke des Reiches leiteten. Die Antworten der Herren von Bethmann, von Jagow, Zimmermann, v. Falkenhayn, von Capelle, von Delbrück, von Hofmann u. a. liegen nun vor. Sie beziehen sich auf die Zusammenhänge der internationalen Politik in ausführlichen Darlegungen, auf die militärischen Vorbereitungen und soweit möglich der übrigen Länder, auf die Entschlüsse des Kaisers und seiner Umgebung in dem „Potsdamer Kronrat“ vom 5. Juli 1914, endlich auf die von der deutschen Regierung getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen, die sogenannte „wirtschaftliche Mobilisierung“. Die deutsche und internationale Öffentlichkeit wird sich mit diesen Auskünften zur Frage der Kriegsschuld, die zum Teil ganz überraschende Aufschlüsse geben, eingehend beschäftigen müssen.

Der Fall Demott.

Ergebnis der Untersuchung.

Auf Anordnung der Reichsregierung ist eine besondere Kommission mit der Untersuchung des Falles der Erschießung des Amerikaners Demott betraut worden, der die Herren Major Friedrich vom Hofmann, Kommandant I in Wesel und Gewerkschaftssekretär Schmidt aus Essen angeht. Die Untersuchung hatte nach Mitteilung des Reichsjustizministeriums VI folgendes Ergebnis:

Der Amerikaner Paul A. Demott, geb. 8. 11. 98 wurde zusammen mit dem Sozialisten Paul Morschel und Hans Gläsel von der Feldwache der 1. Komp. III/81 verhaftet, als diese 3 Leute im Personenkraftwagen von Essen in Richtung auf die Feldwache fuhrten. Im Auto wurden außerdem mehrere

Schusswaffen und Munition vorgefunden, bei Demott selbst ein Revolver, ferner verschiedene Papiere, aus denen hervorgeht, daß Demott als internationaler Kutter im Dienste des Bolschewismus und bei der Zentralleitung der roten Armee tätig war. Ein Brief an Trotzki war im Hande eingeklemmt.

Nach am selben Tage wurde Demott handgerichtlich zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde auf Grund des inzwischen eingegangenen Beschlusses, keine handgerichtliche Todesurteile zu vollstrecken, nicht zur Vollstreckung gebracht. Vielmehr sollte Demott mit einigen anderen Aufzählern nach Wesel transportiert werden. Das hierzu bestimmte Luftauto traf jedoch erst am 8. April 20 morgens in Mülheim ein.

Die Lokalbefugigung und die eidlich bekräftigte Aussage des Gefr. Geißhorek, der Demott erschossen hat sowie des Gefr. Kapuzinski und des Hülfers Krotmann ergab:

Demott war in der Nacht vom 7. zum 8. April 1920 in einem kleinen Wirtschaftskraum im Erdgeschoß der Augenklinik Mülheim untergebracht und wurde hier von Posten, die vor der Tür genannten Raumes Posten standen und sich alle zwei Stunden abhüllten, bewacht. Der Hül. K. der von 1 bis 3 nachts Posten gestanden hatte, teilte dem ihn abhüllenden Gefr. G. mit, daß Demott auf seinen Wunsch zwischen 1 und 3 Uhr vier mal zu dem im ersten Stock liegenden Klosett geführt worden sei. Dieser Umstand und sein ganzes Verhalten erweckten den Anschein, daß Demott flüchten wolle.

Zwischen 3 und 4 wurde Demott von G. wieder zum Klosett hinausgeführt, nach Verlassen desselben sprang erstere ebenfalls die Treppe hinab und gelangte durch die offene Haustür in den Garten der Augenklinik, der mit einem leicht übersteigbaren Drahtzaun umfriedigt ist. G. eilte dem Flüchtling nach und schoß auf ihn, da derselbe auf dreimaliges „Halt“ nicht stehen blieb. Demott fiel etwa 10 Meter von der Haustür entfernt zu Boden und war sofort tot.

Die Besichtigung auf dem neuen Friedhof in Mülheim a. Ruhr, zu der die Herren Major Friedrich, Gewerkschaftssekretär Schmidt, Kreisarzt Med. Rat Dr. Caspers und Stabsarzt Dr. Redeker erschienen waren, ergab, daß Demott an der erhaltenen Schußverletzung gestorben ist. Der Schuß ist vom Rücken nach vorn durchgegangen.

Es kann nach dem ausgenommenen Tatbestand kein Zweifel daran bestehen, daß Demott einen Fluchtversuch gemacht und dabei von dem für ihn verantwortlichen Posten erschossen worden ist.

Daß der Täter bei einer Erschießung eidlich als Zeuge vernommen wird, erscheint als vollkommenes Novum in der Rechtspflege. Aber davon abgesehen, warum wird diese Energie nicht gegen einen einzigen Rechtsbolden angewandt? Während man Demott und andere erschießt, geht Herr Kapitänleutnant Erhardt im Reichswehrministerium aus und ein, nimmt an Sitzungen teil mit angeblich regierungstreuen Offizieren, die ihn nicht einmal verhaften, geschweige denn erschließen. Hat es denn keine Meuterei der II. Marinebrigade gegeben?

Untersuchung der Märzvorgänge.

Bereits vor einigen Tagen kündeten wir an, daß zur Untersuchung der Vorgänge im März dieses Jahres, soweit Angehörige des Heeres und der Marine darin verwickelt sind, ein besonderes Amt im Reichswehrministerium gebildet werden sollte. Dieses Amt ist nunmehr unter Aufsicht des Untersuchungssekretärs Genossen Stodt eingerichtet worden. Es gliedert sich in mehrere Departmente, die unter paritätischer Leitung eines Stabsoffiziers und eines Vertreters aus dem zivilen Stande die eingegangenen Beschwerden prüfen, sie vervollständigen und nach Abschluß einem Ausschuss zur Begutachtung überweisen. In diesem Ausschuss haben die zivilen Vertreter die ausschlaggebende Stimmzahl. Beschwerden gegen Angehörige des Heeres und der Marine wegen Vorkommnisse in den Tagen des Kapp-Lüttich-Putsches im März 1920 sind mit genauer Unterschrift und Anschrift versehen sofort an das Untersuchungsamt für die Märzvorgänge, Berlin S.W. 10, Königin-Augusta-Strasse 40 zu richten.

Verurteilt wurde die Schwerindustrielle „Post“ wegen Beleidigung des Rathburger Studenten Lemmer zu 100 M. Geldstrafe. Lemmer war von der „Post“ in überlauer Weise beikämpft worden, weil er die Hegezeiten des deutschen Professorenträgers im Rollen der Öffentlichkeit mitgeteilt hatte. — Die „Post“ findet an, daß sie sich auch durch dieses Urteil von ihrer Methode nicht abblenden lassen wird, politische Gegner mit der Fauchel ihrer Schimpfereien zu beatehen. Glauben wir! Was bedeuten denn auch 100 M. Strafe für ein Blatt, hinter dem das gesamte Kapital der Schwerindustrie steht!

Der Kampf um Eupen und Malmédy. Dabas-Reuter verbreitet eine Blättermeldung, wonach die Eisenbahner in dem von den Belgiern besetzten deutschen Gebiet in den Ausstand getreten seien. Der ganze Eisenbahndienst sei eingestellt worden.

Die Tschechoslowakei.

Nach den Wahlen.

In der tschechoslowakischen Republik haben am letzten Sonntag die Wahlen zum Parlament stattgefunden, deren bisher festgestelltes Ergebnis in der heutigen Morgenausgabe unseres Blattes verzeichnet ist. Es zeigt die überaus starke Stellung der Sozialdemokratie bei beiden Hauptvölkern dieses national bunt zusammengesetzten Landes, bei den Deutschen sowohl als bei den Tschechen. Die Tschechoslowakei ist ein hochentwickeltes Industrieland mit einer kulturell hochstehenden Bevölkerung. Nur der unglückliche Wurmfortsatz, der sich über den Norden des ehemaligen Königreichs Ungarn erstreckt, ist wirtschaftlich und kulturell weit zurückgeblieben.

Bisher wurde die tschechoslowakische Republik von einer Nationalversammlung beherrscht, die nicht gewählt, sondern ernannt war. Die Deutschen hatten es vorgezogen, sich von ihr zurückhalten. Die Wahlen vom letzten Sonntag haben die erste wirkliche Volksvertretung der jungen Republik geschaffen, die nun in verfassungsmäßigen Formen ihre Lebensfähigkeit beweisen soll. Alle Völker und Parteien des Staates sind annähernd nach ihrer wirklichen Stärke vertreten — nur annähernd deshalb, weil auf eine ungleiche Wahlkreis-einteilung zur Erhaltung des tschechischen Übergewichts nicht verzichtet worden ist.

Wir in Deutschland haben allen Grund, die Entwicklung der Verhältnisse in dem südöstlichen Nachbarlande aufs aufmerksamste zu verfolgen.

Die Tschechoslowakei ist entstanden als eine Schöpfung der Entente, insbesondere Frankreichs und der in Frankreich herrschenden militärpolitischen Richtung. Dieser kam es offensichtlich darauf an, durch die Schaffung dieses Staates für Deutschland einen Gegner mehr zu schaffen. Die Tschechoslowakei sollte gewissermaßen — militärpolitisch gedacht — eine vorgegebene Feldwache der französischen Macht bilden und als solche festungsmäßigen Ausbau erhalten. Darum, nicht aus Liebe zum tschechischen Volk, drängten die französischen Militärs darauf, den neuen Staat an Bevölkerungszahl und Wirtschaftskraft so stark wie möglich zu machen; sie übersehen dabei nur das eine, daß die nationale Vielgestaltigkeit eines Staates kein Element seiner Stärke bildet.

Trotz dieser Absichten der französischen Machtpolitiker haben wir keinen Grund, unseren tschechoslowakischen Nachbarn mit Argwohn zu betrachten. Er wird gegen Deutschland keine ausgesprochen feindliche Stellung einnehmen, erstens weil die Tschechen viel zu kluge Politiker sind, um sich zu fremden Völkern mißbrauchen zu lassen, und zweitens, weil ein Staat, dessen zweitstärkster Volkstamm aus Deutschen besteht, eine konsequent deutschfeindliche Politik nicht treiben kann, ohne sich selbst in die Gefahr der schwersten inneren Erschütterungen zu begeben. Dazu kommt die enge geographische und wirtschaftliche Verbundenheit beider Staaten, die nur durch ein verständnisvolles Zusammenarbeiten das Wohl ihrer Völker fördern können.

Darüber darf aber die große Schwierigkeit nicht übersehen werden, die durch die innere Zusammensetzung der Tschechoslowakei für das Verhältnis der beiden Staaten geschaffen wird. Gerade wer ein gutes Verhältnis zwischen ihnen will, wird sich über diese Schwierigkeit ganz offen ausdrücken müssen. Wir können nicht vergessen und werden nicht vergessen, daß ein Teil der Bürger der tschechoslowakischen Republik aus unserer Volksgenossen besteht — es wäre unbillig, uns anzumuten, daß wir über diese Tatsache kaltherzig hinwegsehen sollten.

Man kann darum auch nicht sagen, daß uns die inneren Verhältnisse der Tschechoslowakei nichts angehen. Wir werden uns in sie nicht einmischen, aber es wäre zuviel verlangt, daß wir uns gegenüber einer Unterdrückung der Deutschen in der Tschechoslowakei innerlich gleichgültig verhalten sollten. Entsetzt in Deutschland der Eindruck, daß die Deutschen in der Tschechoslowakei begründete Beschwerden haben, dann muß das ganz naturgemäß auf das Verhältnis der beiden Staaten zueinander einwirken.

Erfreulicherweise haben nun die Deutschen in der Tschechoslowakei eine zahlenmäßig, politisch und wirtschaftlich so starke Position, daß man hoffen darf, es werde ihnen gelingen, ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen. Man darf auch hoffen, daß die Wahrheit des tschechischen Volkes einsehen wird, wie wenig es dem Geiste der Zeit und ihren eigenen Interessen entsprechen würde, wenn sie etwa das Beispiel des einzigen Magnatenstaates nachahmen wollte. Die Stärke der Sozialdemokratie in beiden Völkern gibt der Aussicht, daß es mit der Zeit gelingen wird, die Schranken einer nationalen Verstandigung wegzuräumen, eine feste Grundlage.

Die tschechische wie die deutsche Sozialdemokratie der Tschechoslowakei befinden sich gewiß in keiner leichten Lage. Beide fassen den Begriff Internationalität mit Recht so auf, daß man keineswegs die berechtigten Interessen der eigenen Nation nicht zu vernachlässigen braucht, beide aber haben es in ihrem eigenen Volk mit nationalstiftlichen Gegnern zu tun,

die jederzeit bereit sind, ein Abweichen von ihren eigenen Forderungen als nationale Unzuverlässigkeit zu denunzieren. Hier ist es nicht immer leicht, die richtige Grenze zu finden, und es ist kein Wunder, wenn sich die deutsche wie die tschechische Sozialdemokratie gegenseitig vorwerfen, sie hätten sich ins Schlepptau des bürgerlichen Nationalismus nehmen lassen. Von der tschechischen Sozialdemokratie möchten wir aber Verständnis dafür erwarten, daß bei den Deutschen eine gewisse Reizbarkeit in nationalen Dingen heute nur eine natürliche Erscheinung ist. Das erzwungene Verbleiben der Deutschen im tschechoslowakischen Staatsverbande steht nun einmal im schreiendem Gegensatz zu dem Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung, kein Sozialdemokrat, welcher Nation immer, kann vor dieser Tatsache seine Augen verschließen.

Die Aufgabe der tschechischen Politik, vom sozialdemokratischen Standpunkt gesehen, kann es nicht sein, den Zwang zu einer widerwillig ertragenen Staatsangehörigkeit durch inhaltliche Sicherungsmassnahmen zu verstärken, sie muß vielmehr darauf bedacht sein, den Zwang unnötig zu machen, indem sie den Widerwillen besiegt. Das ist eine Aufgabe der Staatskunst, die durch ihre Größe reizt, möge die tschechische Sozialdemokratie ihr ihre Kräfte widmen, sie wird damit ihrem eigenen Volk und ganz Europa einen großen Dienst erweisen!

Die tschechoslowakische ist in ihrer nationalen Buntbedingtheit ein verfeinertes Mit-Österreich. In Mit-Österreich war man einst so weit einzusehen, daß das staatliche Problem nicht anders gelöst werden könne als mit sozialdemokratischen Mitteln. Ob diese Lösung gelungen wäre, steht dahin, denn der Weltkrieg hat ihre ersten Anfänge zerschlagen. Heute steht die tschechoslowakische Republik vor denselben Problemen, sie hat nur den Vorteil, aus den Fehlern Mit-Österreichs lernen und da anfangen zu können, wo dieses aufhört hat.

In Deutschland wird man die weitere Entwicklung der tschechoslowakischen mit lebhafter Sympathie für die deutschen Volksgenossen, aber auch mit starker Anteilnahme am Ganzen verfolgen. Denn wir können unmöglich wünschen, daß ein Staat, der mit drei seiner Grenzen an deutsches Gebiet stößt, in dieses beinahe eingebettet ist, ein Herz des Völkervertrauens und der Verehrung werde. Eine tschechoslowakische Republik dagegen, in der alle Völker gleichberechtigt nebeneinander leben, die ein Wort republikanischer Freiheit und sozialistischer Fortschritt ist, würde ein Nachbar sein, mit dem wir nicht nur in Frieden, sondern auch in Freundschaft leben könnten.

Prag, 21. April. In den slawischen Wahlkreisen wurden im ersten Wahlgange 15 besetzt, 10 sind den weiteren Struktinen vorbehalten. Es erhielten die tschechischen Sozialdemokraten 21, die vereinigten magyarischen und deutschen Sozialdemokraten 3, die Christlich-Sozialen 4, die National- und Bauerpartei 8 und die Volkspartei 9 Mandate.

Die Reaktion in Bayern.

Seltene Komplottgerüchte.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Die Veröffentlichungen der „Münchener Post“ und des „Vorwärts“ über die Organisation der Gegenrevolution in Bayern ist der Regierung von Rahr und noch mehr ihren Hintermännern, sind eben jenen Verschwörern sehr auf die Nerven gefallen. Um die Öffentlichkeit abgulenken, hat die bayerische Regierung zu dem allbewährten Mittel, dem Volkswissenschaftler, gegriffen. Sie hat ein kommunistisches Komplott entdeckt, sie jagt dem Spießer damit Angst ein und will gleichzeitig einen Beweis liefern, wie wachsam die neue Regierung ist, und wie bitter notwendig die Einwohnerwehr in ihrer jetzigen gerade in Bayern durch und durch reaktionären Zusammenfassung sind. Mit diesen, selten

Uberschriften hat die reaktionäre Presse bekräftigt, daß sich „in letzter Zeit „Anhaltspunkte“ ergeben haben, daß in der Festungs-Infanterie Niederösterreich zum Zwecke der Regierung und zur Einführung der Räterepublik ein anscheinend weitverzweigtes hochverräterisches Komplott geplant worden ist.“ Eine Untersuchung habe diese „Verdachtsgründe“ bestätigt.

Tag für Tag wartet man die Öffentlichkeit darauf, daß etwas Näheres über dieses Komplott bekannt wird und insbesondere auf eine Erklärung, wie es möglich ist, daß Gefangene, deren Besuche und Korrespondenzen aufs genaueste kontrolliert werden, ein weitverzweigtes Komplott anstellen können. Schließlich ist doch ein Gefängnis nicht das Reichswehrministerium und der ehemalige Soldatencrat und jetzige Festungsgefangene Sauber verfügt nicht über eine Marine-Brigade.

Der bayerische Gesandte in Berlin hatte sich seinerzeit beiläufig die wichtige Nachricht von dem Komplott sofort allen Berliner Zeitungen mitzuteilen. Diese Eile und Wichtigkeit steht im merkwürdigen Gegensatz zu seinem Verhalten am 18. März. Am Vormittag des 18. März antwortete er auf eine Anfrage aus München wegen der inzwischen bekanntgewordenen Rebellion der Rüttwih-Truppen: „In Berlin alles ruhig, Lage normal.“ Ueber diese Antwort war man in München sehr erstaunt und wies auf die Berichte der Zeitungen hin, die über das, was selbst für Berliner Verhältnisse „normal“ ist, doch wesentlich anderer Ansicht waren. Erst darauf korrigierte der Herr Gesandte seine Auffassung und bestätigte, daß Berlin in den Händen der Hochverräter sei. Ob der Herr Gesandte bald etwas Genaueres über das „anscheinend weitverzweigte, hochverräterische, geplante Komplott“ mitzuteilen weiß?

Die „unpolitische“ Reichswehr.

Putzschvorbereitung durch Kommandostellen.

Nachfolgend veröffentlichen wir ein Schriftstück, das deutlich beweist, wie schon vor Monaten von den Offizieren die Stimmung für den bevorstehenden Putzsch sondiert wurde:

3. Bataillon 18. 11. 19.
3. Westf. Reichsw.-Schützen-Regt. Nr. 61.
(Inf.-Regt. Lubendorff Nr. 88.)
Tsg.-Nr. II a 210.

Geheim.

1. Komp. an 18. 11. 19 ab. 19. 11. 19 Reyer
 2. Komp. durch 20. 11. 19 Wienholt
 3. Komp. durch 24. 11. 19 Raenhaus
 4. Komp. an 20. ab. 23. 11. 19 Bärenhaus
- R.-B. durch 24. 11. 19 Delap
Fernspr.-Büro durch 25. 11. 19 Page

zur Kenntnis. Die Fragen sind durchgearbeitet und wird in nächster Zeit eine Beantwortung in Frage kommen. Die Komp. werden rechtzeitig über die Beantwortung in Kenntnis gesetzt werden.

Rudorff, Major und Bati.-Abt.

Fragen an die Vertrauensleute in der Reichswehr.

1. Wie denkt die Truppe über die augenblickliche wirtschaftliche Lage und deren politische Folgen?
 2. Ist das Vertrauensverhältnis zwischen Führer und Mann so, daß die Truppe unter allen Umständen in der Hand der Führer ist?
 3. Wird der Führer mit Rücksicht auf die politische und schwierige Lage innerhalb der Truppe (wirtschaftliche Schwierigkeiten, Entlassungsmaßnahmen, Zusammenlegen von Verbänden) hinter einen Führer treten, der eine unparteiische bürgerliche Regierung der Arbeit, des Wiederaufbaues und der Ordnung militärisch führen wird?
- a) Wenn Wehrheitssozialisten an der Regierung beteiligt sind?
b) Auch ohne Wehrheitssozialisten?
- In der Anlage sind Gesichtspunkte für die Beantwortung der Fragen gegeben und zwar für die Frage 3 so, daß die Beantwortung im Sinne von 3h ausfällt.

Diese Rundfrage beweist, daß schon im November 1919 konkret auf den Militärputsch hingearbeitet wurde. Sie war sicher nicht die einzige ihrer Art. Im Januar teilte der

zu halten. Erst der Schlußakt, der mit der Beurteilung des fälschlich als Vatermörder angeklagten Nitziß endet, rief gegen den Applaus Opposition in die Schranken, die dem Gesichte des Däpferleins beim Fehlen jeder inneren Entwicklung Ausdruck gab.

Die von Heinz Goldberg inszenierte Aufführung bot in der Hauptsache Gutes. Das ausgewählte zerrissene Angestimmte des Dimitriß fand durch Gerd Fricke stark bereicherten Ausdruck, Arnold Gampin traf überzeugend den Grundton melancholischer Depression, auf den die Figur des Ivan in dem Stücke eingestellt ist. Dertha Gumbach, eine junge Künstlerin von Hongkong sympathischem Organ, keh in ihrer Darstellung der Gruschenka Spuren eines vielversprechenden Talents erkennen. Auch Rose Dieckstein gewann der dürftigen Rolle der Katarina Iwanowna schauspielerisch ein Interesse ab.

G. Sch.

„Die Brüder Karamasow“ im Film. Gleichgültig mit der dramatisierten Bearbeitung des russischen Romans wurde auch eine Verfilmung dargeboten im Hippodrom am Zoo. Noch weniger als das Drama kann natürlich der Film den wirtlichen Gehalt des gewaltigen Wertes an tiefstehender Psychologie wiedergeben. Aber was technisch und schauspielerisch überhaupt zu leisten ist, war auszuheben. Gähle, Jannings, Tilmig charakterisierten die Brüder meisterlich, Jannings zumal gab in dem Dimitriß die mitreißende und zur Anteilnahme zwingende Mischung von Kraft und Weichheit. Auch entfaltete sich noch Smerdjonoff eine vollendete Kunst des Mimik- und Gebärdenspiels und Alina Griffige, die Darstellerin der Gruschenka, brachte wirklich einen Hauch Dostojewskischer Weisheit in die Fiktion. Die Regie der Masseninszenen, der spannende Aufbau der Gerichtsverhandlung, das russische Milieu, der Bildhauercharakter und die photographische Technik zeugten von gediegener und erfolgreicher Arbeit. . . . Gewiß, man kann Dostojewski nicht ins Sichtbare überführen, aber doch ist dieser Film unendlich besser als die Kriminalfilme. Jedenfalls ist ein Stück von Dostojewskischer Menschlichkeit doch darin lebendig geworden.

Berliner Konzerte.

Geringe Ausbeute einer Woche. Bruno Walter allein ragt aus dem Rest der Selen heraus. Er bringt zwar in die Verlorenen „Ariette“ Dubertin einen in Tempo und Temperatur gar zu reiferischen Schwung, fährt aber die erste Sinfonie Mahlers mit dem schwebelnden Pathos der Naturnähe hingehend, klar disponierend und fast märchenhaft hüpfend durch. Die Einzelheit, der malerische Tupsen, die Impression ist ihm viel, aber nicht der letzte Wert; er hat die Fägel fest in der Hand, rät, stützt und schleppt mit großem Bedacht und wirkt auch mit zentralistischer Weisheit großgestaltend. Der Solistin Delca Reinhard hat Natur die lebendige aller Ansprechbarkeit der Koloratur des Trillers, der Verzierung aller Art nicht verliert. Ihr Sopran ist klar, kaum tragfähig, auch nicht fundiert. Die „psallende“-Arie war schlecht gewählt, in den Wagnerischen Dramenliedern, die eine weiche Begleiterhand am Flügel stützte, drang fräuliche, innige Stimmung

„Vorwärts“ mit, daß General v. Rüttwih bei seinen Offizieren eine ganz ähnliche Umfrage veranstaltet habe. Natürlich kam damals prompt ein Dementi aus dem Reichswehrministerium. Der Nachrichtenoffizier, der es verfaßt hatte, Kapitänleutnant Humann, befindet sich noch heute im Amt, nachdem er auch einen Tag für die Rapp-Rüttwih-Regierung Dienst getan hat. Es wäre interessant zu erfahren, ob auch Major Rudorff noch der Reichswehr angehört.

Hausangestellte und Sozialdemokratie.

Ein Wort zu den Wahlen.

Wer bei den letzten Wahlen beobachtet hat, wie die Hausangestellten von ihren „Herrschäften“ im Vertrauen auf ihre mangelnde politische Schulung zur Wahlurne geschleppt wurden, wird die Notwendigkeit der politischen Aufklärung gerade in dieser Gruppe von Arbeitern und Arbeiterinnen einsehen.

Der Artikel 9 der deutschen Reichsverfassung gewährt Männern und Frauen grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Neben ist das gleiche Wahlrecht gegeben (Art. 22). Nirgends findet man in der Verfassung eine Bestimmung, auf Grund deren der eine mehr Rechte hätte als der andere. Lediglich gewisse Kreise unseres Bürgertums heißen noch immer ihren Standesdünkel, den abzugeben sie sich nicht entschließen können.

Am deutlichsten tritt das bei der „Dienstbotenfrage“ zutage. Große bürgerliche Blätter reden immer wieder vom Dienstbotenproblem; immer noch finden wir an den hochherrschäftlichen Häusern vor den Kellereingängen keine Schildchen mit der Aufschrift: „Gangang für Dienstboten“. Hier ist die Revolution spurlos vorübergegangen. Diese Zeichen aus der „guten alten Zeit“ hat sie nicht verwischt. Man kann sich nicht dazu aufraffen, die Menschen als Gleichberechtigte anzuerkennen. Man muß sie fühlen lassen, daß man die „Herrschaft“ ist, und doch sind es manchmal recht geistreiche Herrschaften.

Doch eines Tages wird man sich auch dieser geachteten Menschen erinnern, am Tage der Wahl nämlich. Das Bild, das man bei den letzten Wahlen gahlose Male erblickte, darf sich nicht wiederholen; es war so oft zu sehen, daß es geradezu als typisch bezeichnet werden kann: die Frau des Hauses voran, das Mädchen in der Mitte und der Herr hinterher. Den „richtigen“ Stimmzettel hatte man natürlich dem Mädchen schon vorher in die Hand gedrückt, und so traten sie an und gaben ihr Wort für die nationalen Parteien ab, ein getreues Spiegelbild ihrer „Herrschaft“, um so noch mit dem demokratischen Stimmzettel in der Hand gegen die „Gleichmacher“ zu protestieren.

Wir stehen vor der Wahl. Wollen wir nicht, daß diese unsere Arbeitsschwester zu Verrätern am unserer Sache werden, so muß noch viel getan werden. Viel Aufklärungsarbeit muß hier geleistet und unsere Ideen müssen auch in die Kreise der Hausangestellten getragen werden. Keine Gruppe der arbeitenden Klasse steht so unter der Fuchel und Vormundschaft der Arbeitgeber wie die Hausangestellten. Wir wollen nicht den Klassenhass predigen, nicht diese unsere Arbeitsschwester „radikalisieren“. Nein, wir wollen ihnen nur klar machen, daß sie gleichberechtigte Menschen sind, genau wie jene, ihre „Herrschaften“.

Wir wollen ihnen sagen: Ihr seid Arbeiter, aber keine Sklaven, also tue ein jeder, eine jede von uns seine Pflicht und trage Aufklärung in diese Reihen der Arbeiter. Den Hausangestellten aber ist zu sagen: Erwacht, laßt euch nicht länger als Sklaven, als Stimmvieh behandeln, schart euch um die Fahne des Sozialismus, werdet Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Sorgt dafür, daß auch eure Arbeitsschwester im Parlament vertreten sind. Ihr habt die Macht, wenn ihr nur wollt. Also bemüht sie, solange es Zeit ist. Noch ist es nicht zu spät!

Garnisonwechsel in Frankfurt a. M. Auf Befehl der französischen Militärbehörden müssen die Zeitungen die Bekanntmachung bringen, daß nicht General Demich durch General Vidalon ersetzt, sondern seine Truppen durch die 11. Division aus Nancy unter General Vidalon abgelöst seien.

Die letzte technische Schulung hat auch das schöne Organ der Sängerin Lotte Gaebel noch nicht hinter sich. Ihr Erleben und der Ausdruck ihres Willens steht noch im konventionellen, ungleichmäßig gestimmten Brahm's-Biederer sozt dieselbe Mimik, dieselbe Tonfarbe nicht sehr subtil zusammen. Mag sein, daß die schlechte, archaische Begleitung die Entfaltung eines gesunden Könnens hinderte.

Mit gewohnter musikalischer Sicherheit sang Waldemar Henke drei Orchesterlieder von Eduard Reisel. Leider ist ihr musikalischer Wert gering; selbst wo sie deutlich an berühmte Vorbilder anknüpfen (Strauß im Gesang „Aus Deller“), ist Erfindung und Arbeit sehr erspät, gefesselt, unpersonlich. Das kann man von dem Dirigenten Reisel nicht sagen. Er hat die Fähigkeit, ein geübtes Orchester sicher zu führen, versteht dem Allegro der 4. Brudnerischen Sinfonie eine sehr herzliche, zwappende Wirkung, ohne das Riveau dieses Wunderwerks ins sensationelle herabzudrücken, und überläßt durch sein durchdachte Uebergänge. Die April des verkommnen Schaberdants in der H-moll-Sinfonie liegt oder gelingt seinem Temperament weniger. Als technischer Meister der Antiquarische stellte sich der beifällige Spanier Drobo de Castro wieder vor, die linke Hand funktioniert selbst in den schweren Beethoven-Variationen tadellos; aber die rechte wandert ihren eigenen Weg, schafft Neben-geräusche und läßt Schönheit, Fülle und musikalischen Ausdruck des Tons vermissen. Scholz am Klavier wagte dagegen keinen Einspruch zu erheben und begleitete ängstlich.

K. S.

Der Kunstkonflikt in Königsberg ist durch Vermittlung des Kunstreferenten des Kultusministeriums, Prof. Bachholdt vorläufig beigelegt. Der Vertreter des Ministeriums verließ sich nicht der Tatsache, daß der Kunstunterricht hier wie anderswo reformbedürftig ist. Deshalb beabsichtigt das Ministerium, den Gedanken einer Annäherung der Schwebekünste aneinander, der Befestigung der Schranken zwischen „hoher“ und „angewandter“ Kunst, kurz das Gefunde in dem sogenannten Kunststätten-Gedanken sich organisatorisch auswirken zu lassen.

Theater. Als Eröffnungsvorstellung des Theaters in der Allee Jakobstraße (bisher Eden-Theater) geht am 1. Mai der Schwank „Die verwundene Pauline“ in Szene.

Auf dem Künstlertag, der von der Allgemeinen Deutschen Kunstgenossenschaft am 22. April, vorm. 11 Uhr, im ehemaligen Herrenhaus einberufen ist, sprechen: Dr. Maximilian Weiser, Mitglied der Nationalversammlung, Architekt Prof. Heinrich Straumer, Bildhauer Prof. Kurt Lewin-Jundt, Walter Prof. C. Langhammer, und der Rabierer Paul Dietmann.

Ueber „Rassenkonflikt und Völkerverständigung“ sprechen am 21. April, 7 1/2 Uhr, auf einem Vortragabend des Bundes Reich Vaterland Kultur Freunde und Naturhistorischer Strödel in der Chamissohale, Barbarossaplatz 5. Karten 1 M.

Ein literarisches Kabarett, unter dem Vorleser Alfred Richard Weber führung, veranstaltet am 21. 24. und 26. April im Zoo, Karmorsaal, drei Abende mit dem Motto „Groll, Groll u. a. Dill“. Die Abende bringen „Act-So“, was „Acht Kartoffelsohl“ bedeutet und einen Scherz Paul Scherzbaris mitsteuert.

Generalstreik — Generalverbrechen.

Die ganze Rechtspreffe ist noch an jedem Tage voll davon, welch ungeheures Verbrechen die alte Regierung, die Demokraten und Sozialdemokraten beantragen hätten, als sie zur Abwehr des Rapp-Putschs den Generalstreik proklamierten. Unermüdlich wird in der Rechtspreffe auch darüber gehandelt, ob wirklich die Regierung selbst oder die sozialdemokratischen Minister den Aufruf zum Generalstreik erlassen hätten, oder ob irgendein Unbekannter ihre Namen mißbraucht hat.

Was die letztere Frage anbetrifft, so hat nie ein Zweifel darüber bestanden, weder bei den sozialdemokratischen Ministern noch bei der Partei, daß zur Abwehr des Putschs der Generalstreik selbstverständlich sei. Angehts dieser Einmütigkeit war der Aufruf zum Generalstreik mit den Unterschriften der Minister selbstverständlich. Was aber das Verbrechen daran angeht, so hat die ganze Rechtspreffe jetzt eine Woche lang ohne jeden Widerspruch gemeldet, daß die Deutschen in Oberösterreich zur Abwehr der Hebergriffe der Entente den Generalstreik anzuwenden entschlossen seien. Kein einziges Blatt der Rechten hat das als Verbrechen zu bezeichnen gewagt. Ist aber der Generalstreik überhaupt jemals zulässig, dann war er es auch gegen den Rapp-Putsch, und die ganze Entrüstung der Rechtspreffe ist nur eitle Heuchelei.

Seltames aus Gera.

Gen. Thielicke-Altenburg teilt uns mit, daß die in Gera von einer Konferenz von Sozialisten aller drei Richtungen gefassten Beschlüsse anders lauten, als sie uns zugegangen waren. In Punkt 1 wurden die Worte „aus dem Vogellande“ hinter „Zurückziehung der Reichswehr“ gestrichen. Abgelehnt wurde Punkt 2. (Sozialistische Erklärung in der Reichswehr.) Angenommen wurden die beiden folgenden Punkte, insbesondere: „Die Arbeiter ganz Deutschlands zwecks Durchsetzung der gestellten Forderungen zum Generalstreik aufzurufen.“

Der Redakteur der unabhängigen „Reichlichen Tribüne“ schreibt uns zu demselben Thema, alle Beschlüsse seien einstimmig gefaßt und keinerlei Druck sei ausgeübt worden.

Werde Juristen können an unferer Auffassung nichts ändern, daß solche Konferenzen nichtbevollmächtigter Vertreter der Arbeiterschaft, in denen die weitergehenden Beschlüsse gefaßt werden, bedenklich sind und daß man nicht in jedem Augenblick mit der Waffe des Generalstreiks in der Luft herumfucheln soll. Die guten Absichten der Konferenzteilnehmer haben wir nicht bezweifelt, es kommt aber bei mancher Konferenz, trotz des besten Willens aller Beteiligten nichts Gutes heraus, und so war es unferer Erwartung auch in diesem Fall.

Dokumente der Gegenrevolution.

Unter dem Titel „Fünf Tage Militärdiktatur“ ist eine Geschichte des Rapp-Putschs erschienen, die dadurch besonderen Wert hat, daß sie amtliches Material verwendet und eine Reihe wichtiger Dokumente zur Gegenrevolution im Wortlaut enthält. Sie ist verfaßt von Karl Wrammer und herausgegeben vom Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 35.

Gegenüber den verzerrten und unwarren Darstellungen, mit denen die lappfreundliche Presse der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Geschichte des Putschs zu verdunkeln sucht, hält diese Darstellung das wirkliche Geschehen fest. Den Reaktionsparteien, die ihre Mitschuld und Mittäterschaft kramphast ableugnen, hält sie den Wortlaut ihrer Veröffentlichungen und Erklärungen in den Tagen des Putschs vor Augen. Sie gibt ein zureichendes Bild von der Ministerarbeit der Reichswehr, von der Lügenpropaganda des Rapp und seiner sauberen Presseheer, der Webrer und Lincoln-Treibsch. Sie läßt noch einmal die Größe und Geschlossenheit der Abwehrbewegung vor unseren Augen entleeren. An manche Einzelheit werden wir erinnert, die in der erregten Zeit schon fast wieder der Vergessenheit anheimgefallen war, und manches Detail erfahren wir auch, von dem die Öffentlichkeit bisher nichts wußte.

Durch die Fülle der Dokumente und Materialien, die es bietet, ist das Buch besonders geeignet, für den Wahlkampf verwandt zu werden.

Ein Notschrei der Auslandsdeutschen.

Wir werden um Aufnahme folgender Zeilen gebeten: Die Vorentschädigung der Auslandsdeutschen ist bereits Gesetz geworden. Die Richtlinien sind gegeben, und es sollte am 1. Januar 1920 mit der Bearbeitung und Auszahlung begonnen werden. Statt dessen wurde die Ausführung des Gesetzes immer wieder verschoben und verschleppt, und die Antwort lautete immer gleich: „Abwarten!“

Oder sollen etwa die gesetzlich bewilligten Summen einzig nur für die großen Gesellschaften (Kapitalanlagen im Auslande, deren Eigentümer die Leiden der Internierung meistens nicht kennen) reserviert werden und wir, die weniger Bemittelten erst aussterben? Vielleicht hat man bereits mit der Auszahlung an diese Gesellschaften begonnen?

Was haben wir weniger Bemittelten Auslandsdeutschen denn verschuldet, wenn wir bei Ausbruch des Krieges unsere Angehörigen ins Feld schicken mußten und unsere Familien dann verschleppt, interniert und total ausgeraubt wurden? Und jetzt werden wir schon Jahre hindurch vertrieben und irreführt, daß wir nicht mehr wissen, wohin wir uns wenden sollen, um zu unserem Recht zu kommen. Und ein Recht zum Leben haben wir doch auch!

Wie bereits vor einiger Zeit in einer Tageszeitung ein Leidensgenosse erwähnte, werden Bureaus über Bureaus errichtet und mit Beamten — meist junge, weniger erfahrene Leute, die zum großen Teil keine Ahnung von unseren Leiden haben und das Auslande gar nicht kennen — überfüllt; aber erledigt wird nichts.

Kann der „Bund der Auslandsdeutschen“ hier nicht eingreifen und ein wenig die Sache beschleunigen? Müßten wir erst in die Öffentlichkeit treten und fragen: „Warum diese Verschleppung?“

Öffentlich findet sich bald endlich eine Stelle, die sich unserer Sache annimmt.

Internationale Arbeiter-solidarität.

Dem Ankerdamer „Allgemeen Handelsblad“ zufolge hat gestern der Abtransport der für Deutschland bestimmten, von den freilebenden Hafenarbeitern ausnahmsweise freigegebenen Lebensmittel begonnen. Was wochenlangen Versuchen der Wärokraten unserer Reichsstellen und Befehlshaber nicht gelungen war, ist durch die Tapferkeit menschlichen und deutschfreundlicher Häupter unserer holländischen Bruderpartei erreicht worden unter Hinzuziehung einer deutschen Kommission, bestehend aus Franz Krüger (S.P.), Roenen (U.S.P.) und dem Gen. Doering (Hafenarbeiterverband). Wieder einmal hat sich

gezeigt, daß die internationale Arbeitersolidarität kein leeres Wort ist. Alle Verwandtschaften und sogenannten Freundschaften zwischen gekrönten Häuptern vor dem Kriege haben nicht verhindert, daß Georg V. und Nikolaus II. sich im rechten Augenblick gegen ihren Vetter Wilhelm II. zusammenschanden. Die Freundschaften des neuen Deutschland beruhen zwar auf keinem Gotthardts Fürstentum und erheben jeder Hofeliste — aber wenn es darauf ankommt, dem deutschen Proletariat zu nützen, kann man sich auf sie verlassen.

Bekämpfung der Wohnungsnot.

Ein Gesetz.

Um die gerichtliche Ungültigkeitserklärung der Verordnungen zur Bänderung der Wohnungsnot unmöglich zu machen, hat der Reichsrat ein Gesetz angenommen. Es setzt die bestehenden Verordnungen zusammen und sichert ihre Rechtsgültigkeit. Die Bekanntmachung über Maßnahmen gegen den Wohnungsmangel vom 23. September 1918 bleibt auch über den 31. Dezember 1920 hinaus in Kraft. Die Landesregierungen können die Gemeindevorstände zu entsprechenden Maßnahmen ermächtigen oder verpflichten, diese Maßnahmen auch unmittelbar treffen oder die Verantwortung dafür ihnen unterstellen. Die Beschlüsse übertragener Vorstände außerordentlicher Verhältnisse kann die Landesregierungsbehörde mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers die Gemeindevorstände auch zu anderen als bisher erlassenen Maßnahmen, insbesondere zu Eingriffen in die Freizügigkeit und in die Unverletzlichkeit des Eigentums und der Wohnungen ermächtigen oder verpflichten, oder mit Zustimmung des Arbeitsministers selber entsprechende Anordnungen treffen oder die Verantwortung dafür einer ihr unterstellten Behörde übertragen. Zur Entscheidung über die Entschädigung kann mit Zustimmung des Arbeitsministers an die Stelle des Rechtsweges ein anderes Verfahren gesetzt werden. Die obersten Landesregierungen können jedoch die den Gemeinden erteilte Ermächtigung zurücknehmen. Die zur Bekämpfung des Wohnungsmangels getroffenen Verfügungen können im Wege des unmittelbaren Polizeimangels durchgeführt werden, während verschiedene Gerichte bisher erkannt haben, daß ohne gerichtliche Verfügung im Wege des administrativen Zwanges hier nicht vorgegangen werden könne. Die Strafen auf Übertretung sind bis auf 10 000 M. (bisher 1000 M.) festgesetzt worden, sie treffen auch den, der eine Befestigung der Wohnung nicht gestattet. Mietpreise für Wohnungen, für die aus öffentlichen Mitteln Beihilfen gewährt sind, unterliegen nicht der Festsetzung des Einigungsamtes. Es ist, wie der Reichsrat betonte, vorgekommen, daß auch in den genannten Fällen die Mietpreise herabgesetzt und dadurch die ganze Kalkulation umgestoßen wurde mit der Wirkung, daß Gemeinden und Genossenschaften dadurch abgehalten wurden, sich weiterhin ihren Aufgaben auf dem Gebiete des Wohnungswesens zu widmen. Die Mieteinigungsämter dürfen nur im Rahmen der getroffenen Anordnungen entscheiden. Die obersten Landesregierungen können die von ihnen erteilten Ermächtigungen zurücknehmen und die Gemeindevorstände zur Aufhebung der von ihnen auf Grund der Ermächtigung getroffenen Anordnungen und Maßnahmen anhalten. Das Gesetz gelangt nach an die Nationalversammlung.

Das Versorgungsgesetz im Ausschuss.

In einer Abend Sitzung, die heute vormittag fortgesetzt wurde, behandelte der soziale Ausschuss der Nationalversammlung das Versorgungsgesetz. Angenommen wurde der § 31, wonach Kriegsschadigte Anspruch auf eine Vllgezulage von 600 bis 1200 Mark mit Zurechnung von 25 Proz. Feuerungszulagen haben, falls die Gesundheitsfürsorge es erforderlich macht. Kriegsschadigte mit mehr als 50 Proz. Dienstbeschädigung haben Anspruch auf einen Beamtenchein, wenn sie infolge ihrer Beschädigung ihren früheren Beruf nicht nachgehen können und nach ihrem gesamten Gehalt zum Beamten geeignet sind. Die Sterbedeckelung wurde gemäß der Regierungsvorlage angenommen. (Klassen A 300 M., B und C 250, D 200, E 150 M.) Eine eingehende Aussprache wurde über die Hinterbliebenenrente geführt. Gewährt wird: Witwenrente, Waisenrente und Elternrente. Die Witwenrente beträgt 30 Proz. der Vllrente des Verstorbenen. Die Rente für erwerbsunfähige Witwen wurde von 50 Proz. auf 60 Proz. der Vllrente hinaufgesetzt. Diese Rentenhöhe steht auch allen Witwen vom 50. Lebensjahr an. Die Regierungsvorlage hat das 55. Lebensjahr vorgezogen. Elternrente und Waisenrente werden nach dem Regierungsentwurf festgesetzt. Als Zuschuß für die gesamten Rentenbezüge wird eine Ortszulage nach drei Ortsklassen gewährt, die vom Ausschuss auf 25, 20 und 10 Proz. festgesetzt wurde.

Groß-Berlin

Schlusssatz.

Rapp wurde eines Morgens verhaftet, nachdem er bis fünf Uhr früh Punsch getrunken hatte.

„Spendla Doglobel“.

„Wenn's zu Ende ist mit Puttschen, — Muß man schnell noch Schweden rutschen. — Rapp, zieh keinen bösen Punsch, — Laufe ab und laufe Punsch! — Schweden ist ein schönes Land — Und wir selber wohlbekannt. — Nach dich dünn, eh sie dich schnappen!“ — So sprach Rudend orff zu Rappen.

Rapp tat schnell wie ihm geheißten, — Seht ihn durch die Rüste reisen! — Doch am Ziele seiner Wünsche — Krank er zitiert Schwedenpünische. — Schließ darauf wie eine Ratte, — Bis die Polizei ihn hatte. — Und die zog mit unserm Rapp — Still nach Nummero Sicher ab.

Siebtewoll! Das kommt vom Putsch — Und vom Punsch! Au biste futsch!

Müll auf der Straße.

In Noabit hat man an der Wullenweberstraße eine Abfalleküte für Müll und Schutt eröffnet, die für den Stadtteil ein Schandfleck ist und zu einer schweren Gefahr zu werden droht. Die Straße ist auf der einen Seite bebaut, auf der gegenüberliegenden aber erstreckt sich ein noch unbebautes sehr umfangreiches Gelände. Täglich fahren hier Hunderte von Wagen vor und entleeren ihre Ladung, allerlei Gussgut, Hausmüll, Erde, Scherben, Klamotten, Asche, Schlacke usw. Wolken von Staub und Schmutz steigen auf, wenn die Wagen über die Unratshaufen hinwegrollen und ihr Inhalt dazu geschüttet wird. Oft sind zu gleicher Zeit 12, 15 und mehr Wagen auf dem Gelände. Für die Bewohner der bebauten Seite der Wullenweberstraße ist es wegen des Staubes kaum möglich, in der Abendzeit die Fenster zu öffnen. An den paar warmen Tagen, die wir hatten, machte sich auch schon ein recht starker Geruch bemerkbar. Wie soll das im Sommer werden, wenn heiß die Sonne herabbedrennt! Es ist unangenehm, daß in unmittelbarer Nähe von Wohnungen diese Zustände gebildet werden.

Kuch Glendobler zeigen sich auf dieser Müll- und Schutt-Abfalleküte. Das Gelände war früher eingezäunt, aber davon ist jetzt keine Spur mehr zu sehen. Es liegt offen da und ungehindert kann jeder es betreten. Scharen von Frauen und Kindern und alten Männern klettern zwischen den Wagen umher und suchen in den Unratshaufen nach Abfällen, die noch brauchbar sind. Am begehrtesten sind Holzreste und Holzstücke, die in dieser Zeit der Knappheit und Teuerung aller Brennstoffe immer

nach einen Wert haben. Mit Taschen und Eimern, mit Äschen und Säden rücken die Brennstoffhändler an, mit Hacken und Schuppen graben sie die Haufen auf, mit den Händen wühlen sie darin umher. Manchmal werden schon die anfallenden Wagen losgelassen umringt, und während noch die Ladung entleert wird, suchen gleiche Hände das Wertvollste daraus zu bergen. Das Gewimmel dieser Menschen soll dem Schmutz und Schmutz umherbedenkenden und lachenden Menschen ist eine traurige Illustration zu der Not, die der Feuerungs-mangel über die ärmere Bevölkerung gebracht hat.

Mehr Schutz für Wälder und Parkanlagen.

Die „Freunde an der Natur“ äußert sich bei manchen Menschen auf eigene Art. Sie überlassen sich ihren Gefühlen so sehr, daß sie dabei ihren Mitmenschen die Freude an der Natur gründlich vergällen. In Wäldern jodeln und brüllen sie, wie wenn nicht neben dem Grün auch die Stille zum Wesen des Waldes gehöre. Aber auch das Grün schonen sie nicht, und sie reißen es, was ihnen gefällt. So haufen sie in den Wäldern und so auch in den Parkanlagen, wenn sie unbeaufsichtigt sind.

In jedem neuen Zeug, der mit seinem frischen Grün und seinen Blüten und erfrucht, frucht diese „Naturfreunde“ ihre Organe. Eine Leserin schreibt uns empört, was sie am letzten Sonntag im Park von Friedrichsfelde erlebte. Nicht nur Kinder, sondern auch Erwachsene rupften blühende Sträucher und Bäume fast und brachen ganze Zweige ab. Die wenigen Verständigen und Wäldlinge, die das nicht mitmachen, waren maßlos gegenüber diesen Wäldern. Wer sie den Kindern verbot, mußte von den Eltern, die sich noch belächeln, grobe Worte einstecken.

Keinliche Beobachtungen und Erforschungen kann man jetzt wieder in allen Parkanlagen machen. Wissen diese Leute, was man unter Gemeineigentum versteht? Tatsächlich benehmen sie sich so, wie wenn sie herrenloses Gut vor sich hätten. Was christlich sollte jeder gelten, der so die Achtung vor dem Gemeineigentum vergißt!

Geschützrohr-Diebstahl im Park Klein-Glienicke.

Gestern wurden aus dem Schloßpark in Klein-Glienicke zwei bronzene Geschützrohre, die ein Gewicht von fünf Zentnern hatten, entwendet. Schon einmal wurde vor mehreren Jahren ein solcher Diebstahl in demselben Park ausgeführt.

Der Glienicke Schloßherr scheint es im Kriege mit der Ablieferung der gänzlich ungeladen und auch künstlerisch wertlosen Geschützrohre, die doch eine beträchtliche Menge kostbaren Metall enthalten, nicht besonders eilig gehabt zu haben. Wie es seiner ganzen an Obelmalerei so reichenden Spitze auch mehr auf die Türken der Bevölkerung ankomme. Heute aber ließ sich diese ganze Waise in Potsdam und Berlin angekauft ununter Geschützrohre, wenn nötig durch zwangsweise Enteignung, wirklich besser bewerten, wobei sie der Gefahr, gestohlen zu werden, auf einfachste Art entzogen wären.

Explosion eines Karbidbrenners. In der Brunnenstraße 37 wollten gestern der Schlossermeister Otto Hille aus der Spandauer Straße 12 zu Charlottenburg und der Arbeiter Bruno Spiegel aus der Stolpische Straße 12 im Keller des Straßensängers einen mit Karbid gefüllten Kessel reinigen. Unvorsichtig öffnete der Meister einen Hahn, so daß Wasser in den Kessel floß. Die Karbidkugel, die sich sofort stark entzündete, entzündete sich an einer Flamme in einem Nebenzimmer. Der Kessel explodierte und die beiden Männer wurden schwer verletzt. Sie fanden im Lazarus-Krankenhaus Aufnahme.

Ein betrügerischer Kohlenhändler wurde in Berlin-Ost entlarvt. Er verkaufte nicht nach Gewicht, sondern nach Stück, und aber so wenig Gewicht, daß die Käufer nichttrauen wurden. Auf die Vorfahrung, daß die von ihm gegebene Stückzahl nicht ein Zentner sei, antwortete er zunächst ruhig: „Das magde ich, wie ich will.“ Er wurde aber genötigt, ein Pöge zu lösen, und nun zog man in seiner Anwesenheit die angeführten „Zentner“ nach. Bei allen fünfzehn Proben, die gemacht wurden, ergab sich, daß am Zentner 10 bis 12 Zentner fehlten. Selbstverständlich wurde der jetzt sehr kleinlaut gewordene Kohlenhändler gemahnt, die fehlenden Zentner nachzuliefern. Einer der Kunden fragt uns: „Wie kann man gegen diesen gemeinen Betrüger vorgehen?“ Die Betroffenen haben die Frage zum Teil schon selber beantwortet, indem sie dem Händler den Betrag nachließen und Entschädigung erzwangen. Wollen sie neben dieser Selbsthilfe noch ein Liedchen tun, so können sie die Sache bei der Kohlenstelle Groß-Berlin melden. Damit würden sie den Vorfall aller anständigen und ehrlichen Kohlenhändler finden.

„Hier können Familien Kaffee trinken.“ Ein Geld in deinen Beutel, wenn du dir noch das Vergnügen des „Familienkaffeelebens“ leisten willst. Es ist nicht nur sehr viel teurer als früher geworden, obwohl man längst keine Milch mehr dazu erhält und nicht weiter als das nicht immer ganz saubere Geschirr und das nicht immer ganz kochende Wasser geboten wird. Du mußt jetzt auch einen recht ansehnlichen Betrag als Pfand hinterlegen, weil das wertvollere gewordenen Geschirr heute nur zu leicht einen langwierigen Liebhaber findet und der Wert seinem ehelichen Geschick mehr traut. In einer Wirtschaft an der Dahlemer Straße mußte am letzten Sonntag eine aus vier Erwachsenen und einem Kind bestehende Familie, die ihren Kaffee trank, für das Geschirr weniger als 20 Mark Pfand geben. Wer den Kaffee des Mittags genießt, oder bei ihm zu Mittag speist, braucht für Geschirr, bestes usw! einzuweisen noch kein Pfand zu hinterlegen, aber vielleicht kommt auch das bald. Für eine tosende Gesellschaft von einem halben Dutzend Personen wäre dann wohl ein kleines Vermögen als Pfand mitzubringen.

Die Kinderversicherung nach dem Auslande. Genosse Hedold bittet uns, um der Bevölkerung unnötige Launen zu ersparen, mitzuteilen, daß vom Bureau des Wälder- und Konsumvereins aus die Kinderversicherung nach dem Auslande nicht mehr erledigt wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

15. Abt. Die zu heute angelegte Funktionärssitzung findet am Freitag, 23. April, Blumenstr. 83, statt.

Morgen, 22. April:

Schneberg. 8 Uhr im Gothen, Gothenstr. 1. Funktionär- und Vertrauensleuteversammlung. Tagesordnung: Die Vorarbeiten zur Reichstagswahl. Ref.: Stadtrat Genosse Wok.

Klein-Glienicke. Frauenabend. Ref.: Genossin Ryned (M. d. N.) 7 1/2 Uhr.

Friedrichshagen. Frauenabend Schornweberstraße 111. Ref.: Gen. Epilob.

Bildungsveranstaltungen.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin.

Sonnabend 6 Uhr: Bunte Bühne in der „Neuen Welt“, Felsenbeide 108—114 (Neuer Saal). „Die schöne Galathee“, komisch-musikalische Oper von Franz von Suppl. Weitere Redaktionen und Vorarbeiten von Frau Hel Konner. Eintritt inkl. Lunch 3,00 M. — Sonntag, 6 Uhr, im Theater „Die Trübsinnigen“. Die Vorstellung beginnt pünktlich 7 1/2 Uhr. Karten bei den Abonnementbüchereien, Postk. Engelstr. 15, und im Bureau des Bildungsausschusses von 9—4 Uhr, Donnerstags von 9—1 Uhr und von 5 bis 8 Uhr. — Sonntag, den 2. Mai, in Steglitz, Luisenpark, Friedrichsruher Platz: „Die Schöpfung“ von Josef Haydn. Wäldner-Orchester, Scheinplattler Chor unter Leitung von Direktor Scheinplattler, Maria Rosa von Goez, Käthe Krone, Leberer-Orchestra. Karten zu 1,50 und 2 M. im Bureau des Bildungsausschusses und bei den Parteifunktionären in Steglitz.

Sozialistische Bildungsschule. Bankom. Heute letzter Vortrag „Erweiterung des Programms“ bei Keger, Berliner Straße, Ecke Prinz-Georg-Straße.

